

Rede

Nr. 054/2021

Kiel, 26.02.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Auch den Studierenden müssen wir in der Pandemie helfen

„Es ist wichtig, dass wir hier jede Hürde wegräumen, die im Weg stehen könnte.“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 39 - Gegen Stress und Zukunftsängste im Studium (Drs. 19/2797)

Gegen Stress und Zukunftsängste im Studium, so heißt es im Titel dieses Antrags.

Vor allem an zwei Parametern möchte Jamaika nun drehen.

Zum einen die Aufstockung der Stunden der teilzeitbeschäftigten Psychologinnen und Psychologen, die beim Studentenwerk Schleswig-Holstein angestellt sind. 35 zusätzliche Beratungsstunden soll es pro Woche für das psychologische Beratungsangebot geben. Das finden wir angesichts des gestiegenen Bedarfs an Beratungsmöglichkeiten einen wichtigen Schritt, den wir gerne unterstützen.

Der zweite Punkt ist etwas undurchsichtiger formuliert. Es wird begrüßt, dass bereits organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen wurden, um eine kürzere Bearbeitungsdauer der Bafög-Anträge zu ermöglichen.

Es wird zu beobachten sein, ob das stimmt. Von unseren jungen SSW'ern im Studium habe ich mitbekommen, dass einige ihrer Kommilitoninnen mittlerweile schon monatelang auf ihren Bescheid warten, ob und in welcher Höhe sie überhaupt Bafög-berechtigt sind.

In dieser Zeit haben sie sich Geld von Familie und Freundinnen geliehen und hoffen, ihre privaten Schulden mit der ersten Bafög-Zahlung begleichen zu

können. Das kann natürlich schief gehen.

Ich hoffe also, dass wir im Bildungsausschuss zeitnah berichtet bekommen, inwieweit hier weiter Abhilfe geschaffen wird.

Aber ich möchte noch einmal auf den ersten Punkt des Antrages zurückkommen. Vor allem, weil er mir die Gelegenheit bietet, einmal auf eine kleine Anfrage einzugehen, die wir zum Ende letzten Jahres gestellt haben. Wir hatten zuvor mit Studierendenvertretungen gesprochen und waren auf ein schon älteres Thema zu sprechen gekommen.

Nämlich eine Sorge, die sich seit Jahren hartnäckig unter Lehramtsstudierenden hält. Es geht um die Angst, nicht mehr als Lehrkraft arbeiten zu können, wenn man sich einmal in psychotherapeutische Behandlung begeben hat.

Wir haben daher die Landesregierung gefragt, wie sie die Problemlage einschätzt, dass Studierende aus Sorge davor, nicht zu Beamten ernannt zu werden, sich trotz Therapiebedarf nicht in therapeutische Behandlung begeben.

Ich empfehle allen Interessierten oder Betroffenen einen Blick in die Antwort der Kleinen Anfrage, denn ich kann sie nicht in ihrer Gänze rezitieren.

Aber so viel sei gesagt: Die generelle Angst, die sich unter Lehramtsstudierenden zu halten scheint, ist nicht berechtigt. Es könne nicht pauschal von einer bestimmten Erkrankung auf die Nichteignung für die Beamtenernennung geschlossen werden, so die Landesregierung.

Nun ist die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten und die Feststellung der gesundheitlichen Eignung als Teil der für den Zugang zu einem öffentlichen Amt nachzuweisenden Eignung, wie mir mein Kollege Christian Dirschauer ausführlich erklären konnte, genauso kleinteilig wie der erste Teil dieses Satzes.

Es gilt aber für alle der gleiche Vorsatz: jeder Einzelfall ist unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu prüfen.

Ich möchte daher eines hervorheben:

Depressionen werden auch heute noch als potentiell tödliche Erkrankung von weiten Teilen der Gesellschaft unterschätzt. Niemand ist immun, jeden kann es treffen. Dafür schämen sollte man sich beileibe nicht. Hilfe beanspruchen allerdings schon.

Auch Angststörungen sind ernst zu nehmende Erkrankungen, für die es gute Behandlungsmöglichkeiten gibt. Da helfen keine tröstenden Worte und auch kein „reiß dich doch mal zusammen“. Was hilft, sind professionelle therapeutische Angebote.

Es ist wichtig, dass wir hier jede Hürde wegräumen, die im Weg stehen könnten.

Abschließend möchte ich mir aber noch den Hinweis erlauben, dass auch eine noch so gut ausgestattete Erstanlaufstelle der psychosozialen Beratung nicht helfen kann, wenn die Ursachen der Belastungen in den äußeren

Umständen liegen. Und deswegen bleibt es wahr, wir brauchen das elternunabhängige Bafög!